

Malmédy-St. Vith'er Volks-Zeitung



Erscheint Mittwochs und Samstags.

Bezugspreis:
durch die Post oder in der Expedition abgeholt
vierteljährlich 4 Fr.

Anzeigen kosten die 6gespaltene Pettzeile (45 mm)
25 Cts., Reklamen (90 mm) 1,00 Fr.
Bei größeren Abzählungen Rabatt. Grundchrift: Garmond.
Redaktion, Druck und Verlag
von Hermann Doppelt, St. Vith (Eifel) Nr. 21

Stemals: Kreisblatt für den Kreis Malmédy

Nr. 95 57. Jahrgang

Mittwochs-Ausgabe

St. Vith, 29. November 1922

Die Rede des neuen deutschen Reichskanzlers.

Das Programm der deutschen Reichsregierung.

Im deutschen Reichstage am Freitag 24. Nov. führte Reichskanzler Dr. Brüning folgendes aus:

In schwerer Schicksalsstunde unseres Vaterlandes hat der Herr Reichspräsident mit nach dem Rücktritt des Herrn Reichskanzlers Dr. Brüning und seines Kabinetts am 16. November den Auftrag erteilt, die neue Regierung zu bilden. Diesem Ersuchen bin ich nachgekommen. Der Reichskanzler spricht seinem Vorgänger Dr. Brüning und den Ministern des früheren Kabinetts herzlichen Dank aus und fährt fort: Die neue Reichsregierung steht nicht auf der breiten parlamentarischen Basis, wie ich auf Grund des nunmehr zu erörternden Programms, zu dem fünf Fraktionen dieses Hauses einheitlich Stellung genommen hatten, erwarten durfte. Dazu berufen, auf dem durch die Verfassung gegebenen Boden der republikanischen Staatsform die Regierung des Reiches zu führen, hätten wir es begehrt, wenn Mitglieder der größten Fraktion dieses Hauses sich zur aktiven Mitarbeit im Kabinett bereit gefunden hätten. Das ist uns verjagt geblieben.

Heute stehen wir im Staatsleben und in der Wirtschaft unter dem Zeichen des verlorenen Krieges. Als die im Vertrag von Versailles uns auferlegte Leistungspflicht vor einmündigen Jahren in London festgesetzt wurde, stand dieses Haus vor der bitteren Frage, ob es gemäß dieser ultimativen Festsetzung zu leisten versprochen solle oder nicht. Der Streit um die Politik der Erfüllung hat seither die öffentliche Aussprache beherrscht und wurde vielfach zum Schaden für unseren innerpolitischen Frieden, aus einer Frage nächster wirtschaftlicher Abwägung zu einer Frage der Meinung gemacht. Heute ist die Frage der Erfüllungsmöglichkeit und ihrer Grenzen geklärt: In Cannes, in Genoa und später überzeugten sich die in der Reparationskommission vertretenen Mächte, daß die Deutschland auferlegte Last unerträglich ist. Sachverständige aus den Gläubigerstaaten wie aus neutralen Ländern fanden sich in der Anerkennung der gegenwärtigen Erfüllungsmöglichkeit und in eingehender Darlegung ihrer Gründe zusammen. Nicht Deutschland sagt, daß es das Verlangte nicht zahlen wolle, sondern die Gläubiger und die Sachverständigen der Weltwirtschaft erklären, daß Deutschland nicht zahlen kann.

In enger Verknüpfung von Wirkungen und Ursachen ist im Innern die deutsche Leistung und vor allem der Wirkungsgrad der deutschen Arbeit erheblich gesunken.

In der Landwirtschaft stehen wir vor einer beträchtlichen Minderernte an Brotgetreide, im Bergbau vor einem Rückgang der Förderung, die im Zusammenhang mit den Leistungen an die Entente uns zwingt, Monat um Monat steigende Mengen Kohlen aus England und der Tschechoslowakei einzuführen. Unsere immer tiefer gesunkene Mark ist bis auf einen winzigen Bruchteil des Friedenswertes gegenüber dem Dollar gesunken. Diese Entwertung der Mark schmälert immer mehr die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Lebensmittel und läßt die Preise im Inland sprunghaft in die Höhe schnellen. Dies alles bedeutet eine ungeheure Umschichtung der Lebenslage unseres Volkes, wie sie noch nie in so kurzer Zeit erlebt wurde. Die Mark hat ihre Geltung als Mittel der Werterhaltung wie Bemessung verloren. Die Folge ist trotz des äußeren, auf die Papiermark gegründeten und daher irreführenden Scheins der

Prosperität mancher Unternehmungen fortschreitende Minderung der Substanz, ist steigende Kreditnot, die alsbald die Beschaffung von Rohstoffen und damit volle Beschäftigung der Arbeiter gefährden muß, ist eine außerordentlich gesteigerte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, verabschämungswürdig da, wo nur für spekulative Zwecke gekauft wird, volkswirtschaftlich berechtigt bei den mit der Einfuhrwirtschaft verbundenen Betrieben; ist ferner Tötung des alten Sparsinns, eine vielfach unberechtigter Flucht in Ware und zwar nicht bei dem breiten Durchschnitt unseres Volkes, dessen Lebenshaltung immer tiefer sinkt, aber in gewissen Kreisen eine für Volkswirtschaft wie Volkssitte gleich schädliche Flucht in den Genuß mit all den unerfreulichen Bildwirkungen, die im Inlande verblühen, den ausländischen Beobachter aber irreführen. In immer verhängnisvollerer Verstrickung wird Wirkung zu weiter wirkender Ursache, Preiserhöhung zu Lohnerhöhung, Lohnerhöhung zur Preiserhöhung, steigt die Inlandsnot, die Auslandsverschuldung und umgekehrt. Wenn ich Sie an die demnächst in Kraft tretende, am 9. November beschlossene Verabschaffung des Brotgetreides, an die jüngste Erhöhung der Kohlenpreise, an die ebenfalls bereits feststehenden mehrfachen Tarifierhöhungen der Eisenbahn erinnere, erkennen Sie aus den Beispielen die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung. Zwar arbeitet unsere Wirtschaft, und der Wille zur Arbeit ist überall geblieben, zwar feiern wenige Menschen — gleichwohl, die Wirtschaft sinkt. Im Vordergrund unserer Verantwortung steht die Reparationsfrage. Die Stellung der Regierung hierzu ist klar und einfach: Sie betrachtet es als ihre Pflicht, alles beizutragen, was ein gerechtes Urteil über die Schuldenfrage herbeiführen kann, in dem Bewußtsein, daß jeder Schritt der Wahrheit auch ein Schritt der Rettung Deutschlands und Europas und zur Verheilung der Wunden sein wird. Aber ebenso betrachtet sie es als notwendig, nach diesem verlorenen Kriege zur Abtragung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen, insbesondere zum Friedenswert des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in Frankreich zu leisten, was nach Deduktion der deutschen Lebensbedürfnisse möglich ist. Solche Begrenzung entspricht selbst dem Vertrag von Versailles, wonach die deutschen Leistungen nach dem Grade der Leistungsfähigkeit abzumessen sind, wie auch der Zusage der Note der alliierten Hauptmächte vom 16. Juni 1919. Sie entspricht endlich der in den Wirtschaftsgesetzen begründeten Notwendigkeit, daß der Schuldner von seinem Ader daß er die Mittel haben muß, den Ader zu bestellen und zu verbessern und dann erst von dem Ertrag seiner Wirtschaft den Gläubiger bezahlen kann. Das Wort: „Erst Brot, dann Reparation“ fügt die Politik der alten und der neuen Regierung ohne Bruch ineinander.

Geleitet von wirtschaftlichen Gedankengängen und in Uebereinstimmung mit Wirtschaftssachverständigen der Welt hat die bisherige Regierung kurz vor ihrem Rückzug einen bedeutsamen Schritt nach vorwärts getan durch die Note, die sie am 13. November dieses Jahres an die Reparationskommission gerichtet hat und die ausdrückliche Billigung der Führer sämtlicher Parteien fand, mit denen die Regierung verhandeln konnte. Im Namen der neuen Regierung gebe ich die Erklärung ab, daß sie ohne Einschränkung auf den Boden dieser Note tritt und fest entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfange zu vertreten und zur Durchführung zu bringen.

Es muß mit allem Ernst die Voraussetzungen der Note

aufnehmen. Insbesondere muß Deutschland auf drei bis vier Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles befreit werden, wobei nur die Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete insoweit ausgenommen sein sollen, als sie ohne Vermehrung der schwebenden Schuld, das heißt aus laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen bestritten werden können; Deutschland muß weiter für die Stützungsaktion ein ausländischer Bankkredit von 500 Millionen Goldmark gewährt werden — die finanziellen Einzelheiten dieses Planes sind sachlicher Beratung vorbehalten — auch muß Deutschland die Gleichberechtigung im Handelsverkehr wieder gegeben werden, ohne die es nicht zahlungsfähig werden kann.

Die Annahme dieser Vorschläge wäre nur die logische Folge der Erkenntnis, der Herr Poincaré in seiner Kammerrede Ausdruck gab. Sein Vorwurf, daß Deutschland niemals den aufrichtigen Wunsch gezeigt habe, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, kann nicht Geltung haben gegenüber der Tatsache, daß Deutschland seinen Leistungswillen öfters vor der Welt betätigt hat. Der Note vom 13. November folgend, sind wir entschlossen, die Luxuseinfuhr ohne jegliche Rücksicht auf die Luxusewünsche deutscher Verbraucher zu hemmen. Dem Gedanken der Auslandsanleihe wie dem Gedanken der Hebung und Festigung der Mark stimmt die Regierung durchaus zu, aber sie ist nicht mit den Sachverständigen der Welt einig, daß die Mark nicht stabilisiert werden kann, so lange die Politik der Ultimaten Deutschland keine Wirtschaft auf lange Sicht und der Welt kein Vertrauen auf Deutschlands Wirtschaft erlaubt, und so lange die Reparationsleistungen Werte um Werte aus der Substanz der deutschen Wirtschaft abströmen lassen, mit deren Wasserpegel die Mark sinkt oder steigt.

Wir erwarten die Steigerung der Leistungen von allen Beteiligten, von der Unternehmerschaft, wie von den Arbeitnehmern aller Berufe. In Staats-, Volks- und Privatwirtschaft wird Stück um Stück der Abbau der unproduktiven Arbeit anzustreben sein. Das ist nicht bloß Produzenten-, sondern auch Konsumenten-Politik und dringende Notwendigkeit, um ungemeinem Steigen der Preise entgegenzuwirken. Die Bekämpfung des Wuchers bleibt eine dringende Aufgabe. Die Gegenwehr der Arbeiter und Verbraucher soll durch die Tätigkeit der Reichsregierung unterstützt werden. Billige Preise, günstige Absatzbedingungen, sowie die Freiheit des Wettbewerbs müssen gewährleistet werden, Bestimmungen zu treffen, die der deutschen Wirtschaft Rechtssicherheit und Selbsterhaltung versichern und die unerbittliche Unsicherheit des jetzigen Zustandes beheben. Damit will die Regierung besonders auch den Wünschen des Handwerks entgegenkommen. Für das Handwerk soll die Möglichkeit verbesserter Organisation alsbald gesetzlich gesichert werden. Als wirtschaftlich notwendig ist aber auch bereits anerkannt, daß das Arbeitsrecht alsbald gesetzlich und zwar unter Festhaltung am Achtstundentage als Normalarbeitstag und unter Zuziehung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege geregelt werden muß.

Unsere Ernährungsfrage ist beengt durch die Minderernte an Brotgetreide und die mit dem Sinken der Mark ständig wachsenden Ersparungen überflüssiger Getreideeinfuhr. Der Reichskanzler richtet an die Landwirtschaft die Mahnung, der Volksgemeinschaft weiter Opfer zu bringen, die Ablieferung der fälligen Getreideumlage zu be-

Das Geheimnis von Dubjinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

(11. Fortsetzung.)

„Die Helene antwortete konnte, trat Lindemann vor.“

„Verzeihen Sie, Frau Gräfin — mein Name ist Peter Lindemann. Ich glaube nicht, daß ich Ihnen so völlig fremd geworden bin!“

Die Gräfin erröte.

„Ach, pardon — Lindemann — ja richtig — Sie malten mich ja einmal! Verzeihen Sie meine Vergeßlichkeit! Wenn ich nicht irre, wollten Sie mich kürzlich schon in Kairo aufsuchen.“

„Merkwürdig. Indessen.“

„Bitte, nehmen Sie Platz. Womit kann ich Ihnen dienen?“

Das war freundlich, aber kühl und mit leiser Herablassung gesprochen. Lindemann starrte sie ganz verblüfft an. Dann erinnerte er sich, daß keine Zeit zu verlieren sei, und sagte — nun ebenso kühl und förmlich:

„Ich komme nicht mit einer Bitte, Frau Gräfin, sondern habe Ihnen eine Mitteilung zu machen.“

„Mir?“

„Ja. Von Ihrer Schwester. Ich traf Miß Morgan zufällig in Kairo und —“

„Wie?“ unterbrach ihn die Gräfin im Tone vollendeten Erstaunens, „Harriet ist in Kairo? Seit wann denn?“

Übermal starrte der Maler sie stumm vor Verblüffung an.

„Sie wußten es nicht?“ sagte er dann langsam und ungläubig. „Miß Morgan hat Ihnen doch gleich nach ihrer Landung in Alexandria telegraphiert!“

„Ich habe keine Depesche erhalten. Wenigstens nicht von Harriet.“

Lindemann war sprachlos. Warum lag sie?

„Sie wollten mir eine Mitteilung machen?“ unterbrach die Gräfin das Schweigen.

„Ja. Aber vorher gestatten Sie mir, Ihnen mein Erstaunen darüber auszudrücken, Frau Gräfin, daß dann Ihr Herr Gemahl Sie nicht von der Ankunft Ihrer Schwester in Kenntnis setzte, da er selbst es doch war, der ihr Ihre — wechselnden Adressen mitteilte.“

Es fiel Helene auf, daß der Ton, in dem Lindemann sprach, plötzlich ein ganz anderer geworden war. Statt der misleidig besorgten Schonung, die ihn anfangs beherrschte hatte, lag nun etwas kalt Beobachtendes, fast Misrautisches in seinem ganzen Wesen. Die Gräfin aber schien das nicht zu merken. Wollig ruhig sagte sie:

„So? Mein Mann? Er wußte also um Harriets Unwesenheit in Kairo? Dann kann ich mir nur denken, daß er mich damit eben überraschen wollte. Ich erwarte ihn schon sehr bald hier. Vielleicht beabsichtigte er, mit Harriet zu kommen.“

„Das wäre kaum möglich gewesen, denn Miß Morgan suchte Sie ja schon in Kairo zu treffen und reiste Ihnen von dort nach, nachdem Graf Koschwinoff ihr Ihre neue Adresse telegraphisch angezeigt. Leider ist Miß Morgan ein Unfall zugestoßen.“

„Ein Unfall?“ Jetzt veränderte sich das Gesicht der Gräfin plötzlich. Ruhe und Befriedigung spiegelten sich darin. „Ist Harriet zugestoßen? Ist sie krank? Sprechen Sie schnell!“

Ihr Blick ruhte angstvoll stehend auf dem Maler. Dieser aber, der doch mit der Absicht gekommen war, sie schonend auf das Zurückbare vorzubereiten, schien diese Absicht plötzlich aufgegeben zu haben.

„Miß Morgan ist tot, sagte er ohne Umschweife, auf bisher unaufgeklärte Weise muß sie gleich nach ihrer Ankunft hier Wörtern in die Hände gefallen sein. Man fand ihren Leichnam im Meer.“

Die Gräfin starrte ihn wie entsezt an. Ihre

keinen Laut heraus. Plötzlich schwannte sie und sank, ehe es jemand hindern konnte, bewußtlos zu Boden.

Lindemann half Helene, die vor Schreck an allen Gliedern Zitternde, die Ohnmächtige auf ein Sofa legen.

„Machen Sie ihr kalte Umschläge,“ sagte er, „und wenn Sie zu sich kommt, rufen Sie ihre Jofe. Sie aber, Fräulein Byron, bleiben dann bei dem Kinde.“

„Sie hätten es nicht so schonungslos sagen dürfen,“ murmelte Helene vorwurfsvoll. „Sie wollten ja doch.“

„Machen Sie mir keine Vorwürfe,“ antwortete er, ohne sie anzusehen. „Glauben Sie mir, ich konnte im Moment nicht anders handeln! Und noch eins. Ich wohne drüben bei Via del Mare bei der Witwe Filippi — jedes Kind wird Ihnen das Haus zeigen — wollen Sie mir versprechen, keinen Schritt zu tun, ohne mich vorher verständigt zu haben? Der Gräfin konnte es einfallen, abermals plötzlich abreisen zu wollen. In diesem Falle bitte ich Sie dringend, nicht mitzugehen — lieber kündigen Sie sofort Ihre Stellung. Wollen Sie mir das versprechen?“

„Ja!“ Helene sagte es mechanisch, fast ohne Ueberlegung. „Und was haben Sie? Sie sind so seltsam.“

„Es ist vieles seltsam,“ murmelte er, und ehe ich nicht ganz klar sehe — aber darüber wollen wir jetzt nicht reden. Vergessen Sie die Adresse nicht: Via del Mare, Witwe Filippi. Und nun adieu.“

Er drückte ihr die Hand und entfernte sich hastig. Eine Stunde später gab er ein Telegramm an seinen Freund Elias Hempel in Wien auf.

„Wenn du frei bist, komme sofort. Brauche dich dringend hier. Via del Mare Nummer 8. Lindemann.“

Zur selben Zeit sah die Gräfin in ihrem Salon zwei Polizeibeamten gegenüber und erteilte die gewünschte Auskunft.

Es war wenig genug und nichts, das irgendworauf Licht über den Tod Harriet Morgans hätte verbreiten

Es
In
Malm
V
in
Malm
V
Ve
bes
preis
tonen
ersche
ung.
daß der jetzige
digt hat, sieht sich
um von Thommen
Stelle öffentlich
beträgt 4000 Frs.
ch den Fähigkeiten
00 Frs. Anfangs
Staatsangehörige
erforderliche Alter
n und politischen
gnis,
idaten,
angehörigkeit,
isten über die bis
mehrfährige Fach-
den können.
zum 5. Dezember
kommen eingereicht
ber 1922.
ms:
Bürgermeister:
Schwa l l.
ung.
November cr.,
dem Kloster, direkt
nd Nuzholz auf dem
sehr gute Absuhr.
thator.
in St. Vith.
uer!
für alle
Wo
Gu
Zie
(gross
H. He
mit Wirt
Land in
zu verp
ungen kö
mann
werden.
Schö
Regulat
Woc
Taschen
2-5
Goldene
585er)
zuden bil
Schmuck
artikel
sämtlich
Verkaufe
s Pareil",
beste
gungsmaschine
Welt!
ehkessel.
ager:
Zentrifugen,
nschneider
erde, Oefen
Backöfen.
St. Vith,
Jos. I
ST.
Ha

schleunigen. Es sei der feste Wille der Reichsregierung, hier für alle Kraft einzusetzen. Bei der Preisfestsetzung sei die Regierung bereit, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Eine Steigerung der Produktion herbeizuführen, sei Aufgabe der Regierung, um vom Auslande unabhängig zu werden.

Die Grundsätze höchster Sparsamkeit wird die Regierung im besonderen im öffentlichen Haushalt durchführen. Was an Behörden entbehrt werden kann, wird auf das unbedingt Notwendige abgebaut werden. Die Staatsbetriebe sollen auf dem Wege zur höchstmöglichen Leistung bei geringstmöglichem Kräfteverbrauch unter völliger Wahrung des Reichseigentums weitergeführt, Gehalts- und Lohnpolitik so sehr, als soziale Rücksichten es zulassen, der Auslese und dem Aufstieg der Tüchtigen dienstbar gemacht werden. Ob wir das Ziel erreichen können, unsere Wirtschaft wieder gesund und fest zu gestalten, hängt zum Teil von uns, zum andern Teil vom Auslande ab. Wir persönlich wird es eine Freude sein, die vertrauensvollen Beziehungen, die ich mit Wirtschaftsführern des Auslandes gewonnen habe, unmittelbar für den Dienst des Reichs fruchtbar zu machen. Was wir treiben werden, soll eine ehrliche, schlichte deutsche Politik sein, die nichts mit den Schlagworten einer Ost- oder Westpolitik zu tun hat. Aus dem Unfrieden anderer Mächte wird Deutschland keinen Vorteil ziehen. Was Deutschland und nicht nur Deutschland, sondern die Welt und die Weltwirtschaft brauchen, das ist nicht Uneinigkeit, sondern Einigkeit und Arbeit.

Der Reichskanzler erbittet dann die Zustimmung und Mitarbeit des Hauses zu diesem Programm und schließt: Alle lebendigen Kräfte müssen sich auf dieser einfachen Linie zur Rettung Deutschlands vereinen. Deutschland ist in schwerster Gefahr. Wir wissen nicht, ob ihm aus übermächtigem Willen der vorwärtigen Kriegesgegner neue Not beschieden oder es ihm ermöglicht sein wird, den Weg der Gesundung zu beschreiten. Für beide Fälle lassen Sie uns arbeiten an der Einheit unseres Volkes und der Tüchtigkeit seiner Leistungen. Lassen Sie uns unserer inneren Einheit über manche Verheerung hinweg nun aufrichtig und in der Tat bewußt werden. Was uns auch beschieden sein mag, unsere Arbeit wird nicht vergebens sein: Deutschland kann bedrückt und bedrängt werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es sich selbst nicht aufgibt!

Die Rede wurde vom Hause mit starkem und langem Beifall aufgenommen, mit dem sich Händeklatschen der Tribüne mischte. Die Anke blieb stumm.

Die Aussprache.

Abg. Dr. Breitscheid (V.S.P.D.) wirft einen Rückblick auf die Entstehung der Regierungskrise, die dadurch hervorgerufen worden sei, daß die bürgerlichen Parteien angesichts des wachsenden Selbstgefühls des Kapitalismus bestrebt gewesen seien, ihren Einfluß in der Regierung zu stärken und den der Sozialdemokratie zurückzudrängen. Das neue Kabinett tritt mit einer objektiven Unehrlichkeit ins Leben. Es wäre besser gewesen, wenn die Kanzlerrede kürzer und inhaltreicher gewesen wäre. Das jetzt besonders notwendige Bekenntnis zum Schutze der Republik wurde in ihr in einem kleinen Nebensatz abgemacht. Wir billigen es, daß die neue Regierung die Reparationsnote der Regierung neu übernimmt. Wir billigen es auch, daß der neue Reichskanzler den Kurs der Regierung weiter verfolgen will. Damit trüben wir aber nicht das Vertrauen aus, daß er diesen Kurs einzuhalten imstande ist. Der Reichskanzler wird unsern lebhaften Widerstand finden, wenn er von diesem Kurs abweicht. In der Außenpolitik ist die Verständigung mit Frankreich die Lebensfrage für Deutschland und die Welt.

Abg. Dr. Marx (Zentr.) geht auf die Kanzlerrede ein, in der er besonders das Bekenntnis zur Reichseinheit unter gleichzeitiger Wahrung der Selbstständigkeit der Länder begrüßt. Ein zentralistischer Staatsaufbau sei für Deutschland nicht angängig. Der Redner fordert von der Regierung in erster Linie ein energisches Vorgehen gegen Schlemmerei und Luxus. Redner schloß: Mit Freude sind wir bereit, die Regierung bei der Durchführung des Programms zu unterstützen. Unsere Zeit verlangt die Zusammenfassung aller Kräfte. Wir wünschen dem Reichskanzler den besten Erfolg für seine Bemühungen, gerade in einer Zeit, wo ein großes einiges Deutschland nötig ist. In diesem Sinne begrüßen wir den Reichskanzler und sein Programm. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Hergt (Dnt. Sp.): Wir halten es für einen Fortschritt, daß der Kanzler sich entschlossen hat, seine Kabinettsbildung ohne die Sozialdemokratie vorzunehmen. Wir erwarten von der neuen Regierung, daß sie bestrebt sein wird, die Ordnung und Autorität des Staates gegen Aufruhr und Gewalt, wo immer sie sich findet, zu schützen. Es muß endlich gleiches Recht für alle geschaffen werden durch Beseitigung der Ausnahmegeetze. Wir sind bereit der neuen Regierung die verfassungsmäßige Möglichkeit zur Führung der Geschäfte zu geben und sie in die Lage zu versetzen, das Deutsche Reich bei den bevorstehenden schwierigen Verhandlungen zu vertreten.

Das Billigungsvotum.

Im Reichstag wird folgendes Billigungsvotum zur politischen Debatte von den Demokraten eingebracht werden: „Der Reichstag hat die Erklärung der Regierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß die Regierung die Note vom 13. November zur Grundlage ihrer Politik machen will.“

Die Vorbereitungen für Brüssel.

Ueber die Besprechung zwischen Poincare und den beiden Ministern Theunis und Jaspar ist entgegen den sonstigen Gepflogenheiten keine amtliche Mitteilung erfolgt. Die Blätter sprechen der Zusammenkunft jeden offiziellen Charakter ab. Es habe lediglich ein unverbindlicher Meinungsaustausch stattgefunden, der erneut die Uebereinstimmung der französisch-belgischen Auffassungen bestätigt habe. Man sei grundsätzlich übereingekommen, daß die Konferenz von Brüssel nur dann einberufen werden solle, wenn eine Aussprache zwischen den Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens, die voraussichtlich zwischen dem 5. und 10. Dezember stattfinden soll, die Aussicht auf eine grundsätzliche Verständigung in der Reparationsfrage biete.

Nach dem „Matin“ sind die Aussichten dafür nicht allzu günstig. Zunächst habe die englische Regierung wenig Neigung gezeigt, an der Konferenz von Brüssel teilzunehmen. Da die Konferenz ein doppeltes Ziel habe, nämlich einmal die deutsche Schuld im Verhältnis der Kompensierung der

interalliierten Schulden zu vermindern, dann aber den so herabgesetzten Betrag in der Form internationaler Anleihen zu mobilisieren, bedürfe es vor allem der Mithilfe der internationalen Finanzwelt. Es scheine aber, daß die großen Banken dazu wenig geneigt seien. Das Blatt behauptet, Pierpont Morgan, der gestern von Berlin nach London gereist ist, ohne Paris zu berühren, sei von Poincare zu einer Besprechung eingeladen gewesen, habe aber seine Rückkehr nach Amerika nicht mehr ausziehen können. Morgan habe andererseits den von ihm auf der internationalen Bankierkonferenz im Juli eingenommenen Standpunkt in keiner Weise modifiziert. Er knüpfte die Mitwirkung der internationalen Finanzwelt an folgende drei Bedingungen: 1. die Stabilisierung der Mark, 2. definitive Lösung des Reparationsproblems, 3. ein fünfjähriges Moratorium für Deutschland. Tatsächlich trifft es zu, daß Morgan diese Bedingungen gestellt hat, dagegen ist die Darstellung des „Matin“, daß Pierpont Morgan die Einladung Poincares zu einer Aussprache abgelehnt habe, unrichtig. Vielmehr hat Poincare, als der amerikanische Bankier diese drei Bedingungen aufgestellt hatte, ihm nach Berlin telegraphieren lassen, daß er für die in Aussicht genommene Zusammenkunft am dem verabredeten Tage keine Zeit habe.

Die „Chicago Tribune“ teilt mit, daß Pierpont Morgan voraussichtlich zum amerikanischen Beobachter in Brüssel ernannt werden wird.

Nach einer Havasmeldung teilt der Pariser Sonderberichterstatter der belgischen Telegraphen-Agentur mit, in französischen Kreisen sei man sich völlig darüber klar, daß Theunis die Brüsseler Konferenz nicht einzuberufen wünsche, wenn nicht ernste Aussichten auf greifbare Ergebnisse beständen. Die sogenannte Brüsseler Finanzkonferenz werde die Frage der deutschen Reparationszahlungen und die Frage einer Regelung der interalliierten Schulden zu erörtern haben und sich sicher auch mit dem deutschen Ersuchen um Unterstützung bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beschäftigen müssen. Alle diese Fragen seien nicht leicht zu lösen. Man könne annehmen, daß Poincare sich während seines Aufenthaltes in Lausanne nicht ausschließlich mit der Orientfrage beschäftigt, sondern sich mit Lord Curzon und Mussolini, ja sogar mit den amerikanischen „Beobachtern“ über die Finanzfrage unterhalten habe. Aber eine diplomatische Verständigung reiche nicht aus. Damit diese Verständigung ihren vollen Erfolg zeitigen könne, müsse vielmehr auch die unerlässliche Mitarbeit von Elementen der Finanzar dem durchzuführenden Programm gesichert sein. In französischen Kreisen verstehe man daher sehr gut, daß Theunis nichts daran liege, ohne gewisse befriedigende Sicherheiten für die Zukunft sich in ein so dornenreiches Unternehmen zu verwickeln.

Die Minister Theunis und Jaspar hatten auch mit den Vertretern Belgiens in der Reparationskommission, den Herren Delacour und Bemelmans eine eingehende Beratung über die auf der Brüsseler Konferenz zu behandelnden Fragen.

Politische Rundschau.

Inland.

— Im Senat wurde die Beratung über das Hausmietengesetz fortgesetzt. Nach längerer Aussprache, in der wieder betont wurde, es sei am besten zum normalen Gesetzeszustand zurückzukehren, da es möglich sei, daß auch Arbeiter Häuser bauen, wurde § 2 der Kommissionsberatung demzufolge bei Verlängerung des Mietgesetzes die Gemeinden in einzelne Staffeln eingeteilt werden, angenommen. Die Verlängerung des jetzigen Mietgesetzes bis 25. Februar 1922 wurde gutgeheißen. Nach weiterer Aussprache über Art. 3 wurde die Fortsetzung verlagert.

— In der Kammer kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Sozialisten und dem Minister für Landesverteidigung, Deveze. Ein sozialistischer Abgeordneter hatte eine Frage gestellt, wegen des Todes eines Soldaten im Dienst und eines zweiten Soldaten, der sich im Lazarett befindet. Der Abgeordnete ließ durchblicken, als wenn die militärischen Vorgesetzten die Schuld an dem Tode des einen und der Verletzung des andern trügen. Der Minister Deveze bestritt, daß der Soldat an dem von dem Abgeordneten bezeichneten Vorgange gestorben sei. Als der Minister die Äußerungen des sozialistischen Abgeordneten einen Scandal nannte, erhoben die sozialistischen Abgeordneten allesamt lauten Protest. Der Minister nahm die Offiziere in Schutz, bestritt wiederholt die gemachten Beschuldigungen und erklärte, daß er annehme, daß dieselben in gutem Glauben gemacht worden seien. In tiefer Ehrerbietung beuge er sich vor dem Nachgedächtnis eines braven Soldaten. Am Donnerstag wurde dann die Debatte über die Genter Hochschule fortgesetzt. Der kath. Abgeordnete Rubbens wies darauf hin, daß bis jetzt noch keine Argumente gegen die Verwamschung seien vorgebracht worden. Sie sei kein Anschlag auf die Rechte der Minderheit, da drei Hochschulen mit französischer Sprache noch bestehen würden. Man solle den Flamen annehmbare Verhältnisse schaffen, dann werde er mit Freuden die französische Sprache als zweite lernen. Die Verwamschung werde auch keine Zersplitterung bringen, denn wirtschaftliche Gesetze bringen Flamen und Wallonen zusammen. Redner fordert unter lauter Zustimmung die Annahme des Antrages Van Cauwelaert. Ein Liberaler meinte unter dem Hinweis auf die Demonstration in Gent, daß nicht alle Flamen der Verwamschung zustimmen. Als ein wallonischer Sozialist sich für eine flämische Hochschule, aber gegen die Umwandlung der Genter aussprach riefen zahlreiche Zwischenrufe große Unruhe herbei. Ein liberaler Flamen trat für die Umwandlung in Gent unter Beibehaltung von französischer Vorlesungen ein, er meinte zum Schluß, es fehlt uns nicht an Mitteln, aber es fehlt uns besonders an gutem Willen. Liberale Flamen traten weiter für die Umwandlung ein, während liberale Wallonen dieselbe bekämpften. Eine wirkungsvolle Rede für die Verwamschung hielt auch der Sozialist Guymans von Antwerpen. Er widerlegt alle Einwendungen der Gegner. An der Hochschule in Gent herrsche heute ein flamenfeindlicher Geist, das flämische Volk bleibe flämisch, nur die Bourgoise sei französisch. Die Hochschule in Gent gehörte den Flamen und diese wollten sie heute zurück haben. Durch Gleichstellung der Flamen mit den Walen werde die Einheit des Landes gefördert. Die Gleichstellung sei das bindende Zement der nationalen Einheit. Die Debatte wird in diesen Tagen zu Ende gehen.

— Verringerung des Beamtenpersonals. Wie mitgeteilt wird, untersucht Minister Theunis zur Zeit

die Frage, wie es möglich sein wird, eine große Verringerung des Beamtenpersonals behufs Ersparungen herbeizuführen.

— Der neue französische Gesandte Herbet, machte Cardinal Mercier einen Besuch.

— Studententage des Bauernbundes. Vom 26. bis 29. Dezember hält der Bauernbund in Löwen einen Studientages ab. Es ist dabei dem Bunde darum zu tun, einen starken, gut entwickelten Bauernstand in Belgien zu schaffen. Die örtlichen Bauernvereine und für bestimmte Angelegenheiten die Arrondissementsvereinigungen sollen in den Stand gesetzt werden, dieses Ziel durch ihre Mitarbeit zu verwirklichen.

— Gegen unlautere Spekulation. Wie verlautet, besteht die Absicht strenge Maßnahmen gegen die unlautere Spekulation in gewissen Werten und Kaufwaren zu treffen. Die Gerichte sollen angewiesen werden, den § 364 des Strafgesetzbuches mit aller Schärfe gegen diejenigen anzuwenden, die in spekulativer Hinsicht die Werte (Börsenpapiere usw. wie Waren) hoch treiben oder zum Rückgange veranlassen.

Ausland.

Das Rückzugsmanöver des Bolschewismus. Auf dem Kongreß der kommunistischen Internationale, der einstimmig das Vorgehen des Exekutivausschusses gutheißt und die Vollmachten desselben als der höchsten Instanz der kommunistischen Bewegung der ganzen Welt anerkennt, hielt Lenin eine Rede über die Bedeutung der neuen Wirtschaftspolitik. Der Staatskapitalismus sei eine Etappe von der Kleinproduktion zum Sozialismus, die neue Wirtschaftspolitik sei ein Rückzugsmanöver, das eben notwendig sei, wie die Ausarbeitung eines Angriffsplans.

Auf dem Gebiet der Finanzen, sagte er, haben wir die Stabilisierung des Rubels erreicht. Die Bauernschaft ist mit dem Hunger fertig geworden, freiwillig liefert sie die Naturalsteuer ab und denkt an keine Aufsehung gegen die Rätemacht. In der Leichtindustrie ist ein allgemeiner Aufschwung bemerkbar. Die Lage des Proletariats der Hauptstädte hat sich wesentlich gebessert. In der Schwerindustrie ist der Fortschritt weniger sichtbar, jedoch mehren sich die Mittel für ihren Aufschwung. Wir erhalten keine ausländischen Kredite, ohne die nicht einmal Industrieländer auskommen können. Konzeptionen bestehen bisher nur auf dem Papier. Der Handel hat uns 20 Millionen Goldrubel eingebracht, sie werden zum Wiederaufbau der Schwerindustrie verwandt werden, die ein notwendiger Faktor zur Sicherung unsrer Selbständigkeit ist. Um die Macht in den Händen der Arbeiter zu erhalten und den Weg zum Sozialismus sicherzustellen, gibt der russische Staatskapitalismus Land, Industrie und Handel nicht aus den Händen; nur mittlere Unternehmungen werden in Pacht gegeben. Wir haben viele Fehler begangen, doch mit dem Versailles Friedensschluß, mit dem Vertrag mit Kolschat sind größere Dummheiten begangen worden als die.

Daß die Verhältnisse für den Einzelnen nicht so rosig sind, wie Lenin sie für die staatskapitalistische Maschine schildert, zeigen die Briefe aus Rußland. Leben in die tote Wirtschaft haben erst die Vereinbarungen mit dem fremden Kapital und die Wiedereinführung „kapitalistischer“ Gewohnheiten gebracht. Heute noch wird man der Welt ein System des Staatskapitalismus vorkäufen können. Auch hier wird objektive Kritik Klarheit schaffen.

Die Konferenz von Lausanne.

Der Sonderberichterstatter der Voss. Ztg. berichtet, daß es in Lausanne nicht so harmlos hergehe, wie von verschiedenen Seiten die Dinge nach außen hin dargestellt werden. So bot die Freitagssitzung der Konferenz kritische Punkte genug. Ismet Pascha hat in einer offenbar sehr eindrucksvollen Rede, die „militärisch knapp“ und vielleicht für diese diplomatische Konferenz zu wenig geschmeichelt war, etwa folgendes ausgeführt:

Wenn Herr Venizelos das Mitleid und die Unterstützung der Verbündeten ansieht, und wenn er sagt, Griechenland hätte soviel für die Alliierten getan, so ist darauf zu sagen, daß dieses reine Propaganda ist, denn Griechenland hat am Kriege nicht teilgenommen, und wir waren während des Weltkrieges mit Griechenland nie im Kriege. Unseren späteren Vorschlägen zur Einigung ist Griechenland dann immer ausgewichen. Als 1921 unser Vertreter Behr-Sami-Bei in London den Vorschlag machte, in Smyrna eine Volksabstimmung zu veranstalten, hat Griechenland es abgelehnt. Als unsere Delegation kaum von London wieder unterwegs war, begann bereits die griechische Offensive. Griechenland hat auf unser Bemühen um den Frieden immer mit Kanonen geantwortet. Damals begann eine neue Vermittlungsaktion der Mächte. Anstatt sie anzunehmen, hat Griechenland wieder auf eigene Gefahr gehandelt und den Krieg begonnen. Damals haben die Alliierten aber ausdrücklich eine Neutralitätserklärung erlassen, und heute muß Griechenland die Folgen seiner Niederlage auf sich nehmen. Venizelos hat erklärt, die Frage Westthrazien sei gelöst. Wir haben keinerlei Absichten auf Westthrazien, aber wir müssen sagen, daß das Grundeigentum in Westthrazien zu 84 Prozent in türkischen Händen ist. Die Frage von Karagatsch, der Vorstadt von Adrianopel, kann nicht gelöst werden, wie es beabsichtigt ist, denn das hiesige eine neue Fiumefrage schaffen, wenn man die Vorstadt von der Stadt selbst trennen wollte. Die Jugoslawen haben gesagt, ein Fluß würde vollkommen für eine Grenze genügen. Sie haben aber dabei vergessen, daß dieser Fluß die Stadt in zwei Teile teilt. Uebrigens hat uns General Harrington die Zuteilung von Karagatsch an die Türkei als unumgänglich zugesagt, und wenn diese Zusage auch nicht in das Abkommen aufgenommen wurde, so ist sie doch im Protokoll der Besprechungen enthalten. Gegen die Propagandaverfälschung der Griechen mit unseiner angrenzlichen Grenzverhältnisse muß ich sagen, daß anderthalb Millionen Türken in Kleinasien ohne Haus und Hof und ohne Obdach sind. Sodann stellt Ismet-Pascha noch einmal die türkischen Gegenansprüche für die Grenze der Türkei zusammen: 1. Aufrechterhaltung der türkischen Grenzen von 1913; 2. Schaffung einer entmilitarisierten Zone an der Grenze; 3. Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität in der neutralen Zone mit einer neutralen Sachverständigenkontrolle für die Entmilitarisierung; 4. Schaffung eines territorialen Zugangs zum Ägäischen Meer für Bulgarien; 5. Entscheidung über das Schicksal Westthrazien durch eine Volksabstimmung. Ismet Pascha fügte noch hinzu, daß diese Vorschläge weder immale noch maximale Forderungen seien, sondern einfach das darstellen, was die Türkei als unerlässlich erachte und was sie als ihr gutes Recht ansehe.

Keine politische Nachrichten.

London, 25. Nov. Eine interessante Reklamation, die von der engl. Regierung an die Regierung der Vereinig-

oße Verringerung
n herbeizuführen.
e Gesandte
er einen Besuch.
er n b u n d e s.
rnbund in Böhmen
n Bunde darum
nstand in Belgien
und für bestimmte
igungen sollen in
ch ihre Mitarbeit

oekulation.
Maßnahmen gegen
Berten und Kauf-
ngewiesen werden,
Schärfe gegen die
Hinsicht die Werte
reiben oder zum

schewisms.
n Internationale,
ivauschusses gut-
r höchsten Instanz
Welt anerkannte,
y der neuen Wirt-
ei eine Etappe von
neue Wirtschafts-
den notwendig sei,
s.

er, haben wir die
e Bauerschaft ist
illig liefert sie die
lehnung gegen die
a allgemeiner Auf-
tariats der Haupt-
r Schinerindustrie
ch mehren sich die
halten keine aus-
al Industrieländer
en bisher nur auf
0 Millionen Gold-
ufbau der Schiner-
ndiger Faktor zur
lm die Macht in
und den Weg zum
russische Staats-
del nicht aus den
werden in Nacht
gen, doch mit dem
trag mit Rücksicht
den als die.

Einzelnen nicht so
italistische Maschine
nd. Leben in die
arungen mit dem
g „kapitalistischer“
ird man der Welt
ortäuschen können.
schaffen.

ame.
ff. Jtg. berichtet,
geht, wie von ver-
in dargestellt wer-
Konferenz kritische
einer offenbar sehr
app“ und vielleicht
ig geschmeidig war,

und die Unterstütz-
er sagt, Griechen-
un, so ist darauf zu
denn Griechenland
wir waren während
n Kriege. Unseren
Griechenland dann
Vertreter Besir-
yte, in Smyrna eine
Griechenland es ab-
von London wieder
iechische Offensive.
um den Frieden
n begann eine neue
tt sie anzunehmen,
jahr gehandelt und
die Miltiken aber
erlassen, und heute
Niederlage auf sich
ge Wolltrajzen sei
auf Westtrajzen,
eigentum in West-
den ist. Die Frage
tanopel, kann nicht
denn das hieße eine
e Vorstadt von der
lawen haben gesagt,
renge genügen. Sie
fluß die Stadt in
eral Harrington die
ei als unumgänglich
ächt in das Abkom-
ch im Protokoll der
Propagandaverfuch
Brennkaten muß ich
n in Kleinasien ohne
nd. Sodann stellt
den Gegenwortsätze
1. Aufrechterhal-
2. Schaffung einer
; 3. Aufrechterhal-
der neutralen Zone
ontrolle für die Ent-
ritortalen Zugangs
5. Entscheidung über
e Volksabstimmung.
ese Vorschläge weder
eien, sondern einfach
erläßlich erachte und

ichten.
ssante Reklamation,
ierung der Vereinig-

ten Staaten gerichtet worden war, ist soeben der durch den Vertrag von 1910 vorgesehenen Schiedsgerichtskommission unterbreitet worden. Gelegentlich des englisch-amerikanischen Krieges im Jahre 1812 stellte sich der mächtige Stamm der Cayugas-Indianer auf die Seite der Engländer. Vier Jahre vorher hatte der Stamm seine Territorien gegen eine jährliche Entschädigung von 2400 Dollar an den Staat von Newyork abgetreten. Der Friedensvertrag, der dem englisch-amerikanischen Kriege ein Ende setzte, enthielt die Klausel, daß die Verbündeten Englands auf keines ihrer Rechte verzichteten. Bei Ausbruch des Krieges hatte jedoch der Staat Newyork die Zahlung der jährlichen Entschädigung eingestellt. Seitdem hat er sie auch nicht mehr aufgenommen. Einige Abkömmlinge der Cayugas leben augenblicklich in Kanada und zu ihren Gunsten verlangt England die Zahlung der rückständigen Summen einschließlich der Zinsen, oder einen Gesamtbetrag von 700 000 Pfund Sterling.

London, 25. Nov. Reuter meldet aus Konstantinopel: Der neue Kalif Abdül Medjid hat sich am Freitag morgen um 10 Uhr zum Palast von Topkapu beim Serail begeben. Eine nationale Delegation mit Reschid Pascha an der Spitze überreichte dem Sultan die Dokumente seiner durch die Nationalversammlung erfolgten Ernennung zum Kalifen. Darauf erfolgte die Zeremonie der Uebergabe der hl. Reliquien, die sich in den goldenen Kassetten befinden. Nachdem dem neuen Kalifen die Schlüssel überreicht worden waren, schritt er zur Eröffnung der Kassetten. Die erste enthält den in 40 Seidentücher eingewickelten Mantel des Propheten. An dessen Saume sind Verse des Korans gestickt. Die beiden anderen Kassetten enthalten die Fahne, den Säbel und den Bart des Propheten. Hier auf fand der Empfang der hohen Würdenträger statt, wobei der neue Kalif auf dem Goldthron Platz nahm. Viele Europäer wohnten der Feier bei.

Vermischtes.

Röln, 24. Nov. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde ein Kredit von 16 Millionen Mark als Folge der jüngsten Tumultschäden bewilligt. Der gesamte Schaden aus diesen Tumulten wird auf 100 Millionen Mark geschätzt, von denen das Reich 50, Preußen 34 und die Stadt die bewilligten 16 Millionen zu tragen haben. Bei der Stadt sind bis jetzt 94 Schadenersatzanmeldungen eingegangen. Weitere Anträge sind zu erwarten. In der gleichen Sitzung wurden für die städtischen Arbeiter Stundenlöhne in Höhe von 217,30 Mk. und für das Fahrpersonal der städtischen Bahnen Monatsbezüge von rund 36 400 Mark bewilligt, zu denen noch Zulagen an Verheiratete von 1872 und Zulagen an Kinder von 3 120 Mark monatlich treten.

Welch riesige Anforderungen an die Eisenbahn gestellt werden, läßt der Menschenstrom vermuten, der unaufhörlich, oft in beängstigenden Wogen, den Rölnner Hauptbahnhof durchflutet. Im Jahre 1921 wurden auf dem Hauptbahnhof insgesamt rund 8 132 000 Fahrkarten verkauft. Welch ansehnliche Summe das ist, erhellt am eindrucksvollsten aus einem Vergleich mit den Zahlen welche daselbe Jahr für Berlin ergibt. Bei sämtlichen Fernbahnhöfen Berlins zusammen (Stettiner-, Schlesischer-, Anhalter-, Potsdamer-, Lehrter- und Grlitzer-Bahnhof) betrug die Anzahl der verkauften Fahrkarten rund 8 345 000. Deutlich sieht man also, daß der Rölnner Hauptbahnhof allein mit 15 Millionen einsteigenden Reisenden dürfte der Verkehr des Hauptbahnhofs im Jahre 1921 nicht zu hoch angegeben sein. Schätzt man auch die Zahl der ankommenden Reisenden gleich hoch, so ergibt sich eine Zahl, die der Hälfte der Einwohnerzahl des Deutschen Reiches entspricht.

Mit Gültigkeit vom 1. Dezember werden die deutschen Personalfahrkarten um 100 Prozent erhöht; die Fahrkarten, die noch die Preise vom 1. Oktober tragen, werden mit den neuen Preisen nicht überkempelt, sondern zum Vierfachen des ausgedruckten Betrages aufgegeben. Im Gepäckverkehr wird der bisher gültige Einheitsfuß von 15 Pfg. auf 40 Pfg. für zehn Kilogramm und 1 Kilometer erhöht; die Mindestfracht für Gepäck ist bereits seit dem 15. November auf 40 Mark erhöht, so daß eine weitere Erhöhung zum 1. Dezember nicht eintritt.

Aus dem Kreise Malmédy.

St. Vith, den 28. November.

* Eifelverein. Die Ortsgruppen des Eifelvereins, die im abgetretenen Gebiet liegen, haben am Samstag, den 2. Dez. cr., eine Vorstandssitzung in Montjoie im Hotel zur Post. Zu derselben sind die im abgetretenen Gebiete liegenden Ortsgruppen nach Montjoie eingeladen und zwar auf Mittags 12 Uhr. Der Vorsitzende des Eifelvereins, Herr Geheimrat Kaufmann mit anderen Vorstandsmitgliedern und dem Wegeobmann Franz Arawitschke aus Düren werden der Versammlung beiwohnen. Der Besuch dieser Versammlung, zu der auch die Ortsgruppe St. Vith eingeladen ist, liegt im allgemeinen Interesse des Eifelvereins. Der Eifelverein strebt auch neuerdings die Interessengemeinschaft mit dem belgischen Touring-Club an, welche Bestrebung auch von der belgischen Behörde unterstützt wird. U. a. steht auch diese Angelegenheit auf der Tagesordnung.

* In Nr. 74 des Amtsblattes vom 25. Nov. ist ein Dekret über Maße und Gewichte veröffentlicht. Mehrere altbelgische Gesetze über Maße und Gewichte werden in Kraft gesetzt und die diesbezüglichen deutschen Gesetze und Verordnungen aufgehoben.

* Der Verband der Kriegsbeschädigten von Eupen-Malmédy berichtet u. a. folgendes:

Der lebenswürdigen Einladung der National-Vereinigung der Kriegsteilnehmer Folge leistend, begab sich eine Delegation der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer von Eupen-Malmédy am Sonntag (19.) in Begleitung des Herrn Dr. Graveline nach Brüssel, um der feierlichen Einweihung der Fahne dieser Vereinigung beizuwohnen. Die Delegation bestand aus den Herren Mathar, Bise und Jacham aus Eupen, Thelen und Vih aus Raeren, Abinet, Scius, Dombret, Krings und Massay aus Malmédy und Dehez aus St. Vith. Von dem Vorsitzenden, Herrn Deloge auf dem Rogierplatz empfangen, wurde der Delegation der Ehrenplatz im Zuge angewiesen und zwar so, daß diese an der Spitze aller anderen teilnehmenden Vereine und Delegationen — über 50 an der Zahl — gestellt wurde. Der Zug begab sich zum Rathaus und dort hielt Herr Abinet in Gegenwart des Generalleutnants Le-

mercier, Vertreter des Königs, des Generalmajors Didier, Vertreter des Kriegsministers, und anderer französischer, italienischer und belgischer Persönlichkeiten, nach der feierlichen Uebergabe der Fahne durch den Generalleutnant Lemercier, im Namen der Vereinigungen von Eupen-Malmédy eine Rede, die mit begeistertem Beifall durch die über 1000 Menschen zählende Menge belohnt wurde und einen sehr günstigen und tiefen Eindruck hinterließ. Der Vorsitzende gab den Mitgliedern der Delegation die Versicherung herzlichsten und brüderlichen Wohlwollens seitens der Kriegsteilnehmer von Belgien und daß diese gewillt wären die Kameraden von Eupen-Malmédy in jeder Beziehung zu unterstützen. Es gäbe jetzt keinen Unterschied mehr zwischen den Kameraden der N. V. K. und denen der wiedergewonnenen Kameraden, wenn diese auch während des Krieges unter einer anderen Fahne ihrer Pflicht nachgekommen wären. Nach Erledigung der Tagesordnung und der feierlichen Ehrung der anwesenden französischen und italienischen Delegationen verlangte Generalleutnant Lemercier, daß Herr Abinet ihm vorgestellt werde. Er dankte ihm für seine Rede und erklärte, daß jedes Mißverständnis jetzt verschwinden müsse und nur Einigkeit und Brüderlichkeit herrschen solle. Desgleichen beglückwünschte Generalmajor Didier den Redner. Hierauf begab sich die Versammlung zum Grabe des unbefangenen Soldaten um dort Blumen niederzulegen. Nach dieser Zeremonie versammelten sich die Delegationen im Lokale der N. V. K., wo ihnen der Ehrenwein kredenzte wurde. Die Teilnahme der Delegation von Eupen-Malmédy wurde nochmals vom Vorsitzenden hervorgehoben und für die angenommene Einladung gedankt.

* Recht, 25. Nov. Der Schreinerlehrling Peter Arimont, der seine Lehrzeit bei Herrn J. Müller von hier durchgemacht, hat seine Gesellenprüfung mit Auszeichnung bestanden. Dies ist um so höher zu bewerten, als es auf dem Lande bis jetzt an Fachschulen gekehrt hat.

Handels-Nachrichten.

St. Vith, 28. Nov. Geldkurs: 1 Fr. = 510,00 Mk. (Durchschnittskurs.) 1 Dollar = 15,80 Fr. St. Vith, 28. Nov. Butter kilo 11,00—12,00 Fr. Eier 0,65—0,70 Fr.

Märkte.

Löwen. Weizen 70—73, Roggen 60, Hafer 66—68, Gerste 61, Leinöl 255, Leinmehl 90, Leinuchen 88, Kartoffeln 14, Stroh 18—20, Heu 40, Wehl 115, Butter 13 bis 14, Eier 0,88—0,90

Gerardsbergen. Kartoffeln 16—18, Butter 13,50—14,50, Eier 0,75—0,80, Rindfleisch 12—14, Hühner 8—10.

Lhienen. Weizen 76, Roggen 63, Hafer 73, Gerste 73, Stroh 25, Heu 35, Kartoffeln 16, Butter 13, Eier 26 St. 22,10.

Kortrijt. Weizen 63—65, Roggen 52—53, Hafer 68—70, Pferdebohnen 75, Kartoffeln 10—13, Rohlsaatsöl 275, Leinsaatsöl 115, Rohlsaatkuchen 50, Leinsaatkuchen 85, Sodanitrat 85, Ammoniakfalsat 118, Heu 30—35, Stroh 12—16.

Antwerpen. Viehmarkt. Ochsen 4,10, 3,70, 2,90 lebend, Kühe 3,70, 3,10, 2,40 Färken 4, 3,50, 2,50, Stiere 3,10, 2,60, 1,80, Kälber 5,50, 4,00.

Brügge. Viehmarkt. Stiere 2,25—3,00 das kilo lebend, Ochsen 3—3,75, fette Kühe 2,25—3,25, Färken 3—3,75, Milchkühe 1300—2450.

Arion, 24. Nov. Auf dem gestrigen Markt wurden folgende Preise notiert: Ferkel 130 Fr. das Stück, Kartoffeln 2,50, Mähren 3,25 und Rüben 3 Fr. den Sester, Butter 7 Fr. das Pfund, Eier 10 Fr. das Duzend, Landkäse 1,25 Fr. das Stück, weißer Käse 0,80 Fr. den Liter, Hähne und Hühner je 10 Fr., Poulets 5 Fr. und Rindfleisch 12 Fr. das Stück, Aepfel 1 Fr. und Birnen 1,25 Fr. das Viertelbundert, Nüsse 3 Fr. das Hundert, Hafer 68, Erbsen 150 und Gerste 70 Fr. die 100 Kilogramm.

Wirtschaftliches.

Die Börse zeigte in den letzten Tagen einen recht lebhaften Betrieb, bei festen Kursen. Renten wurden viel gesucht. Die Metallwerte und die Kolonialwerte waren beide begehrt, ebenso waren Straßenbahnwerte gefragt. Zertifikate zeigten eine feste Haltung und Kurssteigerungen gingen höher, Petroleumwerte zeigten sich vernachlässigt, Zucker war fest. Die fremden Werte blieben ohne Veränderung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung

betr. die Uebertragungssteuer.

Auf Grund des Gesetzes vom 15. September 1919, auf Grund des Gesetzes vom 15. September 1921, welches den Titel II des belgischen Gesetzes vom 28. August 1921, betreffend die Uebertragungssteuer, in den Gebieten Eupen-Malmédy in Kraft setzt,

auf Grund insbesondere des Artikels 51 des genannten Gesetzes vom 28. August 1921, welcher folgende Vorschriften enthält:

„Die Lage ist durch Anbringung und Entwertung von Klebmarken in Höhe des erforderlichen Betrages zu entrichten.“

„Eine königliche Verordnung wird die Form, die Farbe, den Typus der Marken und ihre Größe sowie die Art ihrer Entwertung bestimmen. Sie kann vorschreiben, daß dieselben sich aus zwei Teilen zusammensetzen sollen, welche vor dem Gebrauch zu trennen sind.“

Auf Grund des Artikels 78 des Gesetzes vom 25. März 1891, welches durch das Dekret vom 10. Mai 1922 in den Gebieten Eupen-Malmédy in Kraft gesetzt wurde,

erläßt der königliche Hohe Kommissar, Gouverneur, folgende Verordnung:

Art. 1. Die nachfolgend wiedergegebenen Verordnungen, namentlich die königliche Verordnung vom 10. November 1922 und die Verordnung des Finanzministers vom gleichen Tage, werden in den Gebieten Eupen-Malmédy in Kraft gesetzt.

A. Königliche Verordnung vom 10. November 1922.

Art. 1. Auf jedem der beiden Teile der zur Entrichtung der Uebertragungssteuer bestimmten Klebmarken ist in schwarzer Schrift eine Nummer, welche für jeden dieser Teile die gleiche ist, aufgedruckt.

Großer Viehmarkt

u. Krammarkt in Bütgenbach

am Dienstag, den 5. Dezember cr.

Ameler Markt

am Mittwoch, den 6. Dezember cr.

Der Bürgermeister.

Zu kaufen gesucht

ein in der Nähe von St. Vith gelegenes



Wohnhaus

mit 10—15 Morgen Land. Barzahlung.

Auskunft erteilt Notar Doutrelepoint in St. Vith.

Wirtschaftliche Vereinigung der Rentenempfänger des Kreises Malmédy.

Außerordentliche Generalversammlung.

Am Sonntag, den 3. Dezember 1922, nachmittags 2 1/2 Uhr,

findet in St. Vith im Hotel Senten eine außerordentliche Generalversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Kriegsbeschädigten des Kreises Malmédy statt, zu der ich alle Kriegsbeschädigten einlade. Wichtige Mitteilungen. — Herr Dr. Graveline wird der Versammlung beiwohnen. Paul Gremer, II. Vorsitzender.

Für St. Nikolaus!

Täglich frischer Spekulatius, eigenes Fabrikat, echte Kräuter-Printen, Chokolade-Figuren in all. Größen, Lebkuchen, Chokolade, Pralinen, Keeks, Nougat, Bonbons, stets frische Backwaren. Josef Reinartz, Conditorei und Café, Hauptstrasse.



Art. 2. Unser Erster Minister, Minister der Finanzen, wird das Datum bestimmen, an welchem die nicht numerierten Marken ihre Gültigkeit für die Entrichtung der Uebertragungssteuer verlieren, sowie das Datum an welchem diese Marken dem Verkehr entzogen werden; er wird das Datum bestimmen, an welchem der Verkauf der Marken mit Aufdruck zu beginnen hat, sowie die Bedingungen festsetzen, unter welchen die Einlösung der nicht numerierten Marken mittels Umtausches oder sonstige vorzunehmen ist.

Unser Erster Minister, Minister der Finanzen, ist mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Gegeben zu Brüssel, den 10. November 1922. (gez.) Albert.

B. Verordnung des Finanzministers vom 10. Nov. 1922. Klebmarken. — Numerierung.

Auf Grund der königlichen Verordnung vom 10. November 1922 erläßt der Erste Minister, Minister der Finanzen, folgende Verordnung:

Art. 1. Am 18. November 1922 wird in dem gesamten Königreiche mit dem Verkauf der Klebmarken Uebertragungssteuer zu den Sätzen von 100, 200, 400, 600, 800 und 1000 Franken, welche im Aufdruck die im Artikel 1 der vorerwähnten königlichen Verordnung vorgeschriebenen Nummern tragen, begonnen werden.

Art. 2. Mit dem 1. Dezember 1922 verlieren die nicht numerierten Klebmarken zu den oben bezeichneten Sätzen ihre Gültigkeit für die Entrichtung der Uebertragungssteuer.

Bis zum 15. Dezember 1922 einschließlich können diese Marken in allen Büros der Einregistrierungs- und Domänenverwaltung, welche mit dem Verkauf ähnlicher Ware beauftragt sind, umgetauscht werden.

Nach dem 15. Dezember 1922 findet die Einlösung gegen bar statt.

Alle Personen, welche den Umtausch derartiger Marken wünschen, müssen ein Verzeichnis einreichen, welches folgende Angaben enthält:

1. Ihren Namen, Vornamen, Beruf und Wohnsitz;
2. Die genaue Aufzählung der zum Umtausch angebotenen Marken;
3. Das Büro, welches die Marken verkauft hat.

Drüssel, den 10. November 1922.
 gez. G. Th. u. n. i. s.
 Art. 2. Die gegenwärtige Verordnung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.
 Gegeben zu Malmédy, den 20. November 1922.
 Baron Baltia, Generalleutnant.

Holz-Submission.

Am Donnerstag, den 7. Dez. cr., vormittags 10 Uhr,

werden in der Wirtschaft Friedrich Wilhelm Marggraf in St. Vith aus den Waldungen der Gemeinde-Oberförsterei St. Vith im Submissionsverfahren verkauft:

- 340 Festmeter Eichen
- 4800 Festmeter Diefern
- 6700 Festmeter Fichten

Verslossene Angebote werden bis zum 7. Dez. 1922 vormittags 8 Uhr vom Oberförster Herrn Antoine in St. Vith Kloster entgegengenommen.

Die Submissionsbedingungen sowie die Angaben über die Art des Holzes und die Einteilung der Lose können gegen Zahlung von 2 Fr. vom Oberförster sowie vom Bürgermeister von St. Vith bezogen werden.

St. Vith, den 28. November 1922.

Die Gemeindeverwaltungen von St. Vith, Amel, Recht, Neuland, Signeuville, Thommen, Heppenbach, Meyerode, Crombach und Sommersweiler.

Bekanntmachung.

In Anbetracht des Umstandes, daß der jetzige Gemeindefekretär seinen Dienst gekündigt hat, sieht sich das Bürgermeister- und Schöffenkollegium von Thommen gezwungen, die Neubesetzung dieser Stelle öffentlich auszusprechen.

Das gesetzmäßige Anfangsgehalt beträgt 4000 Frs. jährlich, jedoch kann dasselbe je nach den Fähigkeiten des geeigneten Bewerbers bis zu 6500 Frs. Anfangsgehalt festgesetzt werden.

Etwaige Bewerber müssen belgische Staatsangehörige sein, das zur Besetzung des Amtes erforderliche Alter erreicht haben und die bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.

Dem Bewerbungsgesuche müssen:

1. ein Führungs- und Sittenzeugnis,
2. die Geburtsurkunde des Kandidaten,
3. eine Bescheinigung der Staatsangehörigkeit,
4. ein Lebenslauf,
5. die beglaubigten Zeugnisabschriften über die bisherigen Beschäftigungen

beigelegt werden. Das Kollegium bemerkt, daß nur mehrjährige Fachleute bei der Wahl berücksichtigt werden können.

Bewerbungsgesuche müssen bis zum 5. Dezember d. J. bei der Gemeindeverwaltung Thommen eingereicht werden.

Thommen, den 18. November 1922.

Namens des Kollegiums:

Der Sekretär: Heim. Der Bürgermeister: Schwall.

Wegwörterstelle Heppenbach.

Diese Stelle ist für die Gemeinde Heppenbach baldmöglichst zu besetzen. Schriftliche Bewerbungen sind baldigst unter Beifügung eines Lebenslaufs an den Unterzeichneten zu richten. Bewerber müssen mindestens 21 Jahre und nicht mehr als 40 Jahre alt sein.

Heppenbach, den 20. November 1922.

Im Auftrage des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums. Neuens, Sekretär. Maraité, Bürgermeister.

Für St. Nikolaus!



Nikolaus-Artikel eingetroffen!

- Ia. Kräuter-Printen lose und in Paketen.
- Lebkuchen, Spekulatius, Biskuits, Feigen, Nüsse, Marzipan-, Schokolade- und Fondant-Figuren, Schokolade - Pralinen - Bonbons
- Zigarren in Geschenk-Packungen.
- Für Wiederverkäufer ist bei sofortiger Bestellung noch ein Posten Spekulatius, Lebkuchen, Nüsse, Printen, Nikolaus- und sonstige Artikel auf Lager.

Geschw. Hub. Marggraf, St. Vith.

Für St. Nikolaus



- empfehle eine schöne Auswahl in Bilder- u. Märchenbüchern, Gesang- u. Gebetbüchern, Photographie-, Poesie-, Postkarten- u. Freimarken-Albums.
- Sämtliche Schulbedarfsartikel u. Schreibmappen, Griffel, Tafeln, Federkasten und Etuis, Reisszeuge, Schultaschen und Tornister.

Hermann Doepgen, St. Vith,

Buchdruckerei u. Buchhdig. Mühlenbachstrasse 96.

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Bewohnern von St. Vith und Umgegend die ergebene Mitteilung, dass ich in meinem neuerbauten Hause mein

Delikatesswaren - Geschäft

wieder eröffnet habe. Frische Fische jeden Donnerstag. Stockfische, Heringe, Sauerkraut und sämtliche Sorten Gemüse, I. Qualität.

Eduard Michel, St. Vith, Markt.

Gemeindefekretärstelle Heppenbach.

Diese Stelle ist baldmöglichst zu besetzen. Bewerber müssen mindestens 21 Jahre alt und in Verwaltungssachen erfahren sein.

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und Lebenslauf baldigst erbeten.

Heppenbach, den 20. November 1922.

Im Auftrage des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums. Der Sekretär: Neuens. Der Bürgermeister: Maraité.

Pensionat Maria-Hilf GEMMENICH, Prov. Lüttich.

Unterricht nach dem belgischen Lehrplan. Schnelle und gründliche Erlernung der franz. Sprache Handelsfächer in französischer u. deutscher Sprache. **Haushaltungsschule.** Herrliche gesunde Lage. — Vorzügliche Verpflegung. Preis pro Trimester 270 Fr.

Mädchen

von 16—18 Jahren für auf das Land und zur Stütze der Hausfrau gesucht. Auskunft erteilt Frau Hubert Marquet, St. Vith, Hauptstraße.

Ernstes, braves, nicht zu junges

Mädchen

für alle Hausarbeiten gesucht. Wo sagt die Exped. d. Bl.

Zigaretten.

Für erstklassige deutsche Fabrikate

Großisten gesucht. Offerten an Chr. Feltes, St. Vith, erbeten.

Weiche mit **Henko** die Wäsche ein!

Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda; altbewährt für Wäsche und Hausputz.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Wegen Heirat des jetzigen suche ich zum 1. oder 15. Dez. für meinen kleinen Haushalt (2 Pers.) fleißiges, ehrliches

Mädchen,

das perfekt kocht.

Frau Hubert Lesebore, Malmédy, Markt 29.

Zwei neue Klaviere

zu vermieten. Josef Thyssen, Organist, St. Vith.

Gutgebrannte Ia. **Ziegelsteine** (groses Format) liefert H. Henri-Simaire, Gouvy.

Petit Français I., II. u. III., Rechenbücher 10—20 u. 20—100, kleine u. gr. Katechismen, kl. u. gr. bibl. Geschichten, Gesangbücher, Akerbau I—II, Gesundheitslehre (Mittel- und Oberklasse), Schultintenfässer vorrätig i. d. Buchhandl. d. Bl. Mühlenbachstraße 96.

Das Geheimnis von Dubshinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

(12. Fortsetzung.)

Sie hatte von der Ankunft der Schwester keine Ahnung gehabt. Die letzten Briefe zwischen ihnen waren vor zwei Monaten gewechselt worden. Damals befand sich die Gräfin noch in Mendon und Harriet in New York. In Neapel war die Gräfin erst vor wenigen Tagen angelangt, erwartete ihren Gatten und hatte das Hotel erwiesenermaßen bisher überhaupt nicht verlassen. Daß ihre Schwester sie besuchen wollte, hatte sie erst von Herrn Lindemann zugleich mit der Todesnachricht erfahren.

Fünftes Kapitel.

Peter Lindemann und sein Freund Silas Hempel, der vor einigen Stunden in Neapel angekommen war, saßen im eifrigsten Gespräche hinter verschlossenen Türen in Lindemanns Schlafzimmern beisammen.

Man hatte dieses Gemach gewählt, weil es das letzte war, und man durch die beiden anstößenden Räume, deren Türen Lindemann offen ließ, vor etwaigen neugierigen Lauschern gesichert war.

Lindemann rauchte in der Erregung eine Zigarette nach der anderen. Silas Hempel, dem man keine Spur von Ermüdung anjah, obwohl er die Reife von Wien ohne Unterbrechung zurückgelegt hatte, lehnte mit halbgeschlossenen Augen in seinem Stuhl und nahm nur von Zeit zu Zeit eine Krise aus der altbaterischen Tabakdose.

„Das beste Mittel, sich einen klaren Kopf zu bewahren,“ hatte er lächelnd gemeint, als der Freund löffelstimmend bemerkte: „Daß du dir das greulichste Schimpfen noch immer nicht abgewöhnt hast. Heutzutage schnupft doch kein Mensch mehr!“

„Leider! Denn es ist entschieden viel gesünder als das Rauchen. Du glaubst gar nicht, wie beruhigend

es einerseits auf ungeduldig einströmende Gedanken, andererseits anregend auf den Denkprozeß überhaupt wirkt. Aber laß dich nicht stören in deinem Bericht. Du hast also Harriet Morgans Leiche erkannt und bist dann zur Gräfin geeilt, um ihr die Nachricht schonend beizubringen. Angesichts ihrer hochmütigen Haltung und der Lüge in bezug auf das Telegramm aber —“

„Sind ich jede Rücksichtnahme überflüssig und teilte ihr das Nötige ziemlich schonungslos mit.“

„Worauf sie in Ohnmacht fiel.“

„Ja.“

„Hattest du den Eindruck, daß diese Ohnmacht echt war?“

„Unbedingt! Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein Mensch sie in dieser Vollendung vortäuschen könnte.“

„Kam der Graf nach Neapel, als man ihn von dem Geschehen verständigte?“

„Nein. Er suchte am 30. November — also einen Tag, ehe hier das Verbrechen geschah — in Prag ein Sanatorium auf, um sich eine Balggeschwulst operieren zu lassen. Dort befindet er sich noch.“

„Was geschah hier noch weiter? Die Tote ist wohl schon begraben — wie benahm sich die Gräfin bei der Beerdigung?“

„Gar nicht, weil sie derselben gar nicht beiwohnte! Denn nun, siehst du, kommt das Wertwürdige: Grace Roschwincka erkennt in der Ermordeten ihre Schwester überhaupt nicht an!“

„Ah! Das ist interessant! Und du bist sicher, daß du dich nicht geirrt hast?“

„Vollkommen! Es ist Harriet Morgan — ich lege jeden Eid darauf ab.“

„Und die Gräfin wahrscheinlich auf das Gegenteil.“

„Ja. Sie war ganz gebrochen vor Schmerz, bis — man sie vor die Leiche führte. Man konnte ihr diese Konfrontation natürlich nicht erweisen, obwohl

je allerlei Nebenzustände bei der bloßen Zimutung bekam. Endlich, da sie sah, es ginge nicht anders, willigte sie ein. Kaum stand sie vor der Leiche, als sie auch schon einen tiefen Seufzer der Erleichterung ausstieß und sich dann an den begleitenden Beamten mit den Worten wandte: „Gottlob, das ist ja gar nicht meine Schwester! Es besteht allerdings eine gewisse Ähnlichkeit, und diese hat Herrn Lindemann wahrscheinlich getäuscht — ich aber, die ich Harriet besser kenne, kann nun mit voller Bestimmtheit erklären, daß diese Tote nicht meine Schwester ist.“

„Nun, dann wird es wohl auch so sein. Du mußt dich getäuscht haben! Die Gräfin kann gar keinen Grund haben, die Wahrheit in dieser Beziehung zu leugnen — mag sie nun der Schwester feindselig gesinnt sein.“

„Und ich werde bis zu meinem letzten Augenblick behaupten, daß sie sich — bewußt oder unbewußt — täuscht. Bedenke, daß sie Harriet seit sechs Jahren nicht gesehen hat — ich aber sprach noch vor wenigen Tagen mit ihr in Kairo.“

„Gewiß, du hast sie sofort erkannt, sie kann sich also nicht auffallend verändert haben. Bedenke du andererseits, daß es sich hier um die Schwester der Gräfin handelt! Schwwestern die miteinander aufgewachsen sind, kennen einander genau!“

„Das nimmt ja auch die Behörde hier an. Man glaubt der Gräfin und nicht mir. Und wenn ich noch hundert Jahre lebe, werde ich doch niemals glauben, daß dieses Verbrechen ein gemeiner Raubmord ist!“

„Dies nimmt also die Polizeibehörde an?“

„Ja. Alle Leute glauben es, weil die Tote ohne Schmutz gefunden wurde, und ihr Gepäck, mit dem sie sich vom Schiff entfernte, spurlos verschwunden ist.“

„Das spricht ja aber wohl sehr klar für einen Raubmord.“

Lindemann machte eine ungeduldige Bewegung. (Fortsetzung folgt.)